



Schildbürger.

KARIKATUR: TOMICEK

## KOMMENTARE

## Jetzt wäre weniger mehr

CHRISTOPHER ZIEDLER ÜBER DAS GESETZ ZUM AUTONOMEN FAHREN  
leserbriefe@freipresse.de



Im autonomen Fahren, das beim jetzigen Stand der Technik noch automatisiertes Fahren ist, stecken gewaltige Potenziale. Es kann zum Klimaschutz beitragen, die Verkehrssicherheit und die Lebensqualität in vom Nahverkehr schlecht erschlossenen Regionen erhöhen – und ganz nebenbei der Automobilwirtschaft eine neue Zukunftsperspektive aufzeigen. Insofern ist es gut, dass der sonst häufig kritisierte Verkehrsminister Andreas Scheuer mit einem Gesetz vorangeht. Deutschland soll damit ab dem nächsten Jahr das erste Land der Welt werden, indem führerlose Fahrzeuge auf bestimmten Straßen unterwegs sein können.

Zwei technisch realistische Anwendungsmöglichkeiten gibt es bereits. Da sind die kleinen Shuttlebusse, die schon in einer Reihe von Modellprojekten funktionieren. Fachleute halten es auch schon für möglich, dass Lastwagen auf klar umrissenen Autobahnabschnitten zwischen Logistikzentren hin- und herfahren – diese Verkehrssituationen können die Algorithmen offenbar

beherrschen. Bis der private Individualverkehr autonom oder auch nur teilautonom sein kann, dauert es noch.

Das aber ist das Problem von Scheuers Gesetzentwurf. Er schließt den privaten Individualverkehr theoretisch mit ein – und potenziert damit die Zahl heikler Fragen, die beantwortet werden müssen. Was ist mit der in diesem Stadium immer noch notwendigen technischen Aufsicht, die bei einer größeren Zahl von Fahrzeugen Zahl gar nicht geleistet werden kann? Wer kontrolliert die Algorithmen, die in verfahren Verkehrssituationen entscheiden, für wen eher gebremst wird? Was ist mit der Haftung?

Die Verbraucherzentralen liegen richtig, wenn sie ein schrittweises Vorgehen anmahnen. Das Gesetz sollte entschlackt werden und sich auf das demnächst technisch Machbare fokussieren. Die großen ethischen und technischen Fragen, die mit dem automatisierten Individualverkehr einhergehen, bedürfen noch einer intensiven Debatte. Dafür ist auch noch Zeit. |zic

## Es hilft nur eine Pflicht

BERNHARD WALKER ÜBER DIE PLÄNE FÜR MEHR TIERWOL  
leserbriefe@freipresse.de



Was über Jahrzehnte in die falsche Richtung lief, lässt sich nicht rasch ändern. Das gilt auch für die Nutztierhaltung, die oft nur deshalb eine riesige Branche werden konnte, weil sie die Tiere an die Produktion angepasst hat – also beispielsweise dadurch, dass Tiere amputiert und mit viel Antibiotika behandelt werden, um sie auf möglichst engem Raum halten zu können.

Zum Glück hat längst ein Wandel begonnen, der heute zu einer Dreiteilung führt: Neben dem Bio-segment mit seinen strengen Auflagen gibt es konventionelle Halter, die bei der Tierhaltung über den Minimalstandard hinausgehen. Der ist allerdings vielerorts noch da. Und genau ihn will Agrarministerin Julia Klöckner bis 2040 verbessern – und zwar nicht durch Appelle an die Kunden, sondern durch gesetzliche

Vorgaben für alle Tierhalter. Dieses Ziel ist richtig. Immerhin steht Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz. Ein so hochrangiges Ziel kann nicht davon abhängig sein, wie viele Leute etwa Bio kaufen. Die Bestimmung des Grundgesetzes muss immer gelten, was nur gelingt, wenn der Staat sie verpflichtend für die ganze Branche vorgibt. Ja, das dauert. Das Zieljahr 2040 ist somit nicht aus der Luft gegriffen.

Natürlich wäre es gut gewesen, wenn CDU und CSU, die seit 2005 den Chefposten im Agrarressort besetzen, viel früher gehandelt hätten. Die Probleme gibt es seit Langem. Aber immerhin hat Klöckner erstmals ein Reformkonzept angestoßen. Nur eines traut sie sich angesichts der nahen Bundestagswahl nicht: zu sagen, um wie viel teurer Fleisch und Wurst werden, wenn sich die Tierhaltung verbessert. |walk

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Medien Union GmbH Ludwigshafen  
**Verlag:** Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG  
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15  
oder 09002 Chemnitz, Postfach 261  
**Telefon:** 0371 6560  
**Telefax Redaktion:** 0371 656-17084  
**Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077  
**Internet:** www.freipresse.de  
**E-Mail:** die.tageszeitung@freipresse.de  
**Geschäftsführer:** Dr. Michael Tillian  
**Chefredakteur:** Torsten Kleditzsch  
(verantwortlich für den redaktionellen Teil)  
**Stellvertretende Chefredakteur:** Udo Lindner, Jana Klameth  
**Stellvertretender Chefredakteur**  
**Digitales:** Sascha Aurich

**Anzeigenleitung:**  
Gesamt: Tobias Schniggenfittig  
(verantwortlich für den Anzeigenteil)  
National: Alexander Arnold

**Leiter Leserkreis:** Arne Stuck

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.  
Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher in Textform beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

## Droht das baldige Ende des Vereinigten Königreichs?

Schottland ist unzufrieden mit dem Brexit und will in die EU – Das Unabhängigkeitsstreben ist aktueller denn je

**CHEMNITZ** – In Schottland wird am Donnerstag ein neues Regionalparlament gewählt. Die Befürworter einer Unabhängigkeit von London werden wieder die Mehrheit erringen. Wie geht es weiter mit dem Vereinigten Königreich? Das Lager der Nationalisten in Edinburgh ist geteilt. Stephan Lorenz sprach darüber mit Professor Klaus Stolz von der TU Chemnitz.

**Freie Presse: Wie schätzen Sie die Lage in Schottland kurz vor der Wahl ein?**

**Klaus Stolz:** Zuletzt hat sich die Parteienlandschaft noch einmal gewandelt. Zu den beiden bereits existierenden Pro-Unabhängigkeitsparteien, der regierenden Scottish National Party (SNP) und den Grünen, gesellt sich eine zusätzliche Kraft. Der umstrittene ehemalige Ministerpräsident Alex Salmond hat mit Alba (gälisch für Schottland) eine neue Unabhängigkeitspartei gegründet. Sein Ziel ist es, die absolute Mehrheit der regierenden SNP unter Parteichefin Nicola Sturgeon zu verhindern, gleichzeitig aber eine Mehrheit der Unabhängigkeitsparteien insgesamt herbeizuführen. Dann kann Salmond sie unter Druck setzen.

**Inwiefern?**  
Salmond fährt einen anderen, radikaleren Kurs in Richtung Unabhängigkeit. Er will notfalls auch ein nicht von London autorisiertes Referendum durchführen lassen. Das lehnt Sturgeon bisher strikt ab. Sie vertritt eine eher vorsichtige Linie innerhalb der konstitutionellen Spielregeln Großbritanniens. Neben tiefen persönlichen Antipathien zwischen den beiden Parteichefs ist das der wichtigste inhaltliche Unterschied.

**Wollen die Schotten überhaupt die Unabhängigkeit von London?**  
Das Unabhängigkeitsreferendum 2014 ging knapp verloren. Seit dem Brexit zeigen die meisten Umfragen jedoch eine Mehrheit für die Unabhängigkeit.

**Wie könnte der britische Premier Boris Johnson dagegenhalten?**

Wenn die SNP wieder eine Mehrheit gewinnt, dann wird sie umgehend das nächste Referendum fordern – und im Regionalparlament ein Gesetz dazu einbringen. Johnson wird das gerichtlich verbieten lassen wollen. Dafür hat er gute Chancen. Nicola Sturgeon würde jedoch weiterhin argumentieren, sie hätte ein demokratisches Mandat von der schottischen Bevölkerung. Es ist schwer, sich dieser Argumentation auf Dauer zu entziehen. Eine strikte Verweigerungshaltung in London dürfte eher noch mehr Schotten verbittern.

**London kann ein solches Referendum tatsächlich verbieten?**  
Ja, sowohl die Devolutionsgesetzgebung als auch das unitarische Ver-



Schottland den Schotten: Ein Kind, in eine schottische Flagge gehüllt, während einer Demonstration für die Unabhängigkeit des des nördlichen Landesteils von Großbritannien.

FOTO: GRAHAM STUART/EPA/DPA

fassungsprinzip der absoluten Souveränität Westminster lassen daran kaum Zweifel. Einer solchen formalrechtlichen Argumentation steht jedoch das historische Selbstverständnis des Vereinigten Königreichs als gleichberechtigte Union entgegen. Mit dem Referendum von 2014 gibt es zudem einen Präzedenzfall, der eine solche Befragung grundsätzlich zulässt.

**Viele Konservative in England wären gar nicht so traurig, wenn die Schotten sich verabschieden würden, oder?**

Ja, das stimmt. Das ist eine relativ neue Tendenz, die im Zuge des Brexits deutlich wurde. In Umfragen gaben konservativ eingestellte Engländer an, den Brexit zu wollen, selbst um den Preis des Verlustes von Schottland.

**Überraschend, oder?**

Ja, in England ist gerade ein fundamentaler Wandel spürbar. Boris Johnson etwa wirft gerade den ganzen traditionellen Unionismus über Bord. Anstatt institutionelle und kulturelle Eigenheiten der einzelnen Nationen zuzulassen und zu würdigen, bemüht er krampfhaft gesamtbritische Symbole, wie den Union Jack und eine neue Einheitsrhetorik.

**Ist das eine Abkehr von Tony Blairs Politik, der den Provinzen mehr kulturelle Identität zugestand und Regionalparlamente erlaubte?**

Johnson hat unlängst gesagt, die Errichtung von Regionalparlamenten war der größte Fehler von Blair. Tatsächlich betreibt Johnson seit dem Brexit eine Zentralisierung der britischen Staatsordnung.

**Wäre Schottland allein wirtschaftlich lebensfähig?**

Warum denn nicht? Gerade innerhalb der EU. Kein Mensch fragt doch nach der Lebensfähigkeit von Malta oder Zypern oder auch Dänemark – alles Länder mit relativ kleiner Bevölkerung und kleiner Staatsfläche.

**Was würde ein Wegbrechen von Schottland für England bedeuten?**

Darüber wird in London viel zu wenig nachgedacht. Es würde dann kein Vereinigtes Königreich mehr sein. Es wäre gewissermaßen der Endpunkt der Implosion des britischen Empires. Doch auch wenn die Abspaltung Schottlands zunächst vermieden werden kann: Ein Zurück zur guten alten Zeit des Vereinigten Königreiches es nicht geben, allenfalls ein Überleben im permanenten Krisenmodus.

**Wie sieht es in Wales und Nordirland aus?**

Die pro-britischen Protestanten (Unionisten) fühlen sich von Johnson durch die Brexit-Regelung verraten. Mit der Handelsgrenze auf Hoher See sind die Nordiren wieder deutlich näher an die Republik Irland herangerückt – und vom Kernland Großbritannien getrennt. Genau das haben die Unionisten nie gewollt. Viele wenden sich daher von London ab. Das bringt – wie wir aktuell sehen – eine große Instabilität. Im Karfreitags-Abkommen, dem Friedensvertrag mit London von 1998, wird den Nordiren die Möglichkeit eines Einheits-Referendums zubilligt. Ein Szenario, das für das katholisch-nationalistische Lager in greifbarer Nähe gerückt scheint. Für die Protestanten nach wie vor ein

Horrorszenario. Der walisische Nationalismus war lange Zeit gar nicht separatistisch. Das scheint sich laut Umfragen gerade zu drehen. Jüngst waren 40 Prozent der befragten Waliser für die Unabhängigkeit.

**Wenn Schottland ein unabhängiger Staat werden würde: Was würde das für Europa bedeuten?**

Eventuell schon relativ bald einen neuen Mitgliedsstaat der EU. Der Fall Schottland taugt aber nicht zur Verallgemeinerung. Natürlich könnte das schottische Beispiel etwa die Katalanen in ihrem Bestreben nach Unabhängigkeit bestärken. Es gibt aber keinen übergreifenden europäischen Separatismus, sondern lediglich höchst unterschiedliche Bewegungen in Europa. Die meisten davon haben wenig Aussicht auf Erfolg. Die Angst vor einer Balkanisierung Europas ist überzeichnet. Dass solche Warnungen in der Vergangenheit häufig gerade aus Luxemburg und anderen Kleinstaaten kamen, entbehrt nicht einer gewissen Komik. |slo

## Klaus Stolz

**Der Politikwissenschaftler** ist Inhaber der Professur für Britische und Amerikanische Kultur- und Länderstudien an der TU Chemnitz. Klaus Stolz wurde 1964 in Freiburg geboren. Er studierte Politikwissenschaft, Anglistik und Geschichte an der Universität Freiburg. Er habilitierte an der Universität Göttingen. Seit 2008 lehrt er in Chemnitz. |fp



FOTO: KLAUS STOLZ

## Deutschland soll früher klimaneutral sein

Die Zielmarke der EU ist 2050. Nun spricht sich nach SPD und Grünen auch die Union für ein früheres Datum aus.

VON THORSTEN KNUF, JAN DÖRNER UND CHRISTOPHER ZIEDLER

**BERLIN** – Vor den anstehenden Gesprächen über eine Reform des Klimaschutzgesetzes ist am Montag klar geworden, dass die Berliner Regierungskoalition Deutschland noch vor der Bundestagswahl auf deutlich strengere Klimaziele verpflichten will. Nachdem SPD-Vizekanzler Olaf Scholz bereits Ende vergangener Woche neue Maßnahmen gefordert hatte, „damit wir vor 2050 klimaneutral werden“, fasste am

Montag auch das CDU-Präsidium einen entsprechenden Beschluss. „Wir wollen das Ziel, deutlich vor Mitte des Jahrhunderts klimaneutral zu werden, im Klimaschutzgesetz verankern“, heißt es dort. CSU-Chef Markus Söder brachte in München das Jahr 2040 ins Spiel, der CDU-Vorsitzende Armin Laschet verwies auf eine Forderung eines Umweltverbandes, der das Jahr 2045 in den Blick nimmt.

Laut der kürzlich vereinbarten EU-Klimagesetzgebung soll die Europäische Union spätestens 2050 klimaneutral sein. Dem Bundesumweltamt zufolge entspricht das gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 einem um 95 Prozent geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Auf dem Weg dorthin will die CDU auch das deutsche Reduktionsziel für 2030 von 55 auf 65 Prozent anheben und neue Zwischenziele für 2035 und 2040 defi-

nieren. Dies ist eine der Vorgaben, die das Bundesverfassungsgericht in der vorigen Woche gemacht hat.

Die SPD, die zuletzt eine Blockade eines ambitionierteren Klimaschutzes durch die Union beklagt hatte, reagierte skeptisch auf die Ankündigungen von Laschet und Söder. „In aller Eile versichern jetzt die Parteispitzen von CDU/CSU, dass nachgeschärft werden muss“, sagte SPD-Chef Norbert Walter-Borjans: „Wir werden sehr schnell feststellen können, inwieweit die bisherigen Blockaden tatsächlich überwunden werden.“ Die SPD werde in den Gesprächen für wirksamen Klimaschutz und dafür sorgen, „dass er nicht zu Lasten von Familien, kleinen und mittleren Verdienern geht“.

Die CDU will die bereits vorgesehene CO<sub>2</sub>-Preiserhöhung „straffen und früher als vorgesehen zu einer Preisbildung am Markt übergehen“.

Sie bot auch einen „nationalen Klimakonsens“ an, da steuerliche Teile des Pakets im Bundesrat Zustimmungspflichtig sein könnten.

Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer nannte die zu einem früheren Zeitpunkt angestrebte Klimaneutralität in der Sache „gut und richtig“. Von der bisherigen Politik der Union in Berlin und München sei sie allerdings nicht gedeckt. Die Grünen-Führung um Annalena Baerbock und Robert Habeck hatte der Koalition am Wochenende per Brief Unterstützung für eine ambitionierte Reform des Klimaschutzgesetzes angeboten. Dies müsse jedoch mit konkreten Maßnahmen verbunden werden: „Jetzt zusätzliche und höhere Ziele zu verabreden, ihre Umsetzung aber erneut völlig offen zu lassen, würde das Vertrauen in die politische Handlungsfähigkeit nicht stärken.“